

Ausschnitte aus dem

Amtsblatt für den Landkreis Hannover

Vom 17.02.1983, Nr. 7

**Bebauungsplan Nr. 137 „Domänengarten“, OT
Pattensen der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover**

Gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes (BBauG) wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Bebauungsplan Nr. 137 „Domänengarten“ OT Pattensen der Stadt Pattensen, durch die Bezirksregierung Hannover mit Verfügung vom 24.11.1982 – Az.: 309.6-21102.2-137-53/82 – mit der Auflage genehmigt wurde, den Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis zu den während des Aufstellungsverfahrens vorgebrachten Bedenken und Anregungen in der Begründung darzustellen (vgl. Nrn. 23.5.1, 2. Abs. i.V. mit 23.8 VV-BBauG 1980).

Die Auflage wurde in der Zwischenzeit erfüllt. Der Bebauungsplan wird begrenzt:

Im Norden:

Durch die Südseite der Koldinger Straße von der Nr. 3 bis zur Einmündung in die Straße Klußweg.

Im Osten:

Durch die Westseite der Straße Klußweg von der Koldinger Straße im Norden bis zur Einmündung in die Straße Domänengarten.

Im Süden:

Durch die Nordseite der Straße Domänengarten vom Klußweg bis zur Göttinger Straße.

Im Westen:

Durch die Ostseite der Göttinger Straße im Süden beginnend an der Nordseite der Straße Domänengarten bis zur Einmündung in die Koldinger Straße.

Der genehmigte Bebauungsplan Nr. 137 „Domänengarten“ liegt mit Begründung im Nebengebäude des Rathauses der Stadt Pattensen, Hofstraße 2, Planungsamt, während der Sprechzeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Der Bebauungsplan Nr. 137 „Domänengarten“ wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Gemäß den §§ 155 a Abs. 4 und 44 c Abs. 3 des Bundesbaugesetzes verweise ich auf die Bestimmungen dieses Gesetzes in den §§ 155 a Abs. 1 und 3 sowie 44 c Abs. 1 und 2. Danach ist eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung des Bebauungsplanes nach diesem Gesetz unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Dieses gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Genehmigung und diese Bekanntmachung des Bebauungsplanes. Ferner kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in den §§ 39 j (Vertrauensschaden), 40 (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), 42 (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten), 43 (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzung) und 44 (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) des Bundesbaugesetzes bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Entschädigungsanspruchs kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt wird. Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Pattensen, den 20. Jan. 1983

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Drücker